

BR/GT I/156 d/72

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ Luxemburg, den 29. Februar 1972
UEBER DIE EINFUEHRUNG BR/GT I/156/72
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

- Sekretariat -

VERMERK

Betrifft: Vorschläge zu den Artikeln 19, 34, 77, 78, 85,
123 und 137 b

Verfasser: Delegation des Vereinigten Königreichs

BR/GT I/156 d/72

VERMERK

der Delegation des Vereinigten Königreichs betreffend Vorschläge zu den Artikeln 19, 34, 77, 78, 85, 123 und 137 b

Auf der Januarkonferenz teilten wir mit, dass wir der Arbeitsgruppe I Vorschläge zu der Sprache veröffentlichter europäischer Patentanmeldungen und zu den Erfordernissen für den einstweiligen Schutz unterbreiten würden. Diese Vorschläge zielen vor allem auf die Schaffung eines einheitlicheren Verfahrens für die Behandlung von europäischen Patentanmeldungen, PCT-Anmeldungen für europäische Patente und PCT-Anmeldungen für nationale Patente ab.

Gemäss Artikel 21 und Regel 48.3 des PCT erfolgt die internationale Veröffentlichung in deutscher, englischer, französischer, japanischer oder russischer Sprache. Es wird keine veröffentlichten Uebersetzungen der Patentansprüche in einer anderen Sprache geben. Es scheint, dass die an der Konferenzarbeit teilnehmenden Staaten sich somit damit einverstanden erklärt haben, dass eine PCT-Anmeldung für nationale Patente in diesen Staaten, wenn sie in einer der genannten Sprachen veröffentlicht wird, dort die Wirkung einer Veröffentlichung von dem Zeitpunkt an hat, zu dem das Internationale Büro die Anmeldung veröffentlicht. Angesichts dessen halten wir es für schwierig, die Notwendigkeit des Artikels 34 Absatz 5 einzusehen, wonach im Fall einer europäischen Patentanmeldung, in der dieselben Staaten benannt werden, die Uebersetzung der Ansprüche in die beiden anderen Amtssprachen veröffentlicht wird. Durch Artikel 34 Absatz 5

wird dem europäischen Anmelder die Verpflichtung auferlegt, diese Uebersetzungen beizubringen. Wie im Januar Übereinstimmend festgestellt wurde, ist Artikel 123 Absatz 5, der einer PCT-Anmeldung für ein europäisches Patent eine gleichartige Belastung aufbürdet, mit dem PCT unvereinbar und somit zu streichen. Die ersatzlose Streichung des Artikels 123 Absatz 5 würde aber wohl zu einer nicht erwünschten unterschiedlichen Behandlung ohne irgendeinen Ausgleich schaffenden Vorteil führen. Es besteht wohl keine echte Notwendigkeit, einen unmittelbaren europäischen Anmelder zu zwingen, höhere Kosten aufgrund der Verpflichtung zur Beibringung solcher Uebersetzungen zu tragen. Darüber hinaus halten wir es für nicht wünschenswert, dass die veröffentlichte Form einer europäischen Anmeldung unterschiedlich ist, je nachdem, ob die Veröffentlichung nach Artikel 85 des Übereinkommens oder nach Artikel 21 des PCT erfolgt. Deshalb schlagen wir vor, dass unmittelbare europäische Patentanmeldungen in der Sprache der Anmeldung oder der Sprache der nach Artikel 34 Absatz 2 vorgesehenen Uebersetzung veröffentlicht werden und von der Uebersetzung der Ansprüche in die beiden anderen in Artikel 34 Absatz 1 vorgesehenen Sprachen abgesehen wird.

In bezug auf die Frage des vorläufigen Schutzes dürfte es offensichtlich sein, dass die Veröffentlichung einer europäischen Anmeldung in deutsch, englisch oder französisch nicht als ausreichend für die Gewährung des einstweiligen Schutzes in einem Staat akzeptiert werden kann, der eine andere Amtssprache hat. Im Fall einer PCT-Anmeldung für ein nationales Patent wird dieses Hindernis durch den PCT-Artikel 29 überwunden, wonach jeder Staat, der in einer PCT-Anmeldung benannt wird, die Uebersetzung dieser Anmeldung in seine Amtssprache verlangen kann. Es steht dem Staat frei, liberaler zu sein und lediglich eine Uebersetzung der Ansprüche zu verlangen. Dies dürfte unseres Erachtens auch ausreichen, wenn die PCT-Anmeldung in deutsch, englisch oder französisch veröffentlicht wird und der benannte Staat ein europäischer Staat ist. Dementsprechend schlagen wir vor, dass Artikel 19 Absatz 4 des Übereinkommens weiter gefasst wird, so dass jedem Staat die Möglichkeit gegeben

wird, eine Uebersetzung der Ansprüche einer unmittelbaren europäischen Anmeldung in seine Amtssprache zu verlangen.

Schliesslich meinen wir, dass PCT-Anmeldungen für ein europäisches Patent in Artikel 123 nach den gleichen Grundsätzen behandelt werden sollten. Die Konferenz ist, wie schon zuvor erwähnt, übereingekommen, dass Artikel 123 Absatz 5 zu streichen ist; wir sehen keinen Grund, warum Uebersetzungen der Ansprüche oder der gesamten Anmeldung notwendig sein sollten, bevor eine PCT-Anmeldung - wie in Artikel 123 Absätze 2 und 3 vorgesehen - einen einstweiligen Schutz gewähren kann. Veröffentlichungen nach dem PCT - gleichgültig, ob sie in deutsch, englisch, französisch, japanisch oder russisch erfolgen - sollten mit der Veröffentlichung einer unmittelbaren europäischen Anmeldung gleichgestellt werden, die das Europäische Patentamt nach Artikel 85 vornimmt. Damit der einstweilige Schutz durch eine solche PCT-Veröffentlichung einer europäischen Anmeldung in einem benannten Staat gewährt werden kann, sollte dieser Staat in der Lage sein, eine Uebersetzung der gesamten Anmeldung in eine der in Artikel 34 Absatz 1 genannten Sprachen zusammen mit einer Uebersetzung der Ansprüche in seine Amtssprache zu verlangen.

Wir schlagen deshalb folgende Änderungen vor:

Artikel 34 Absatz 5 - Der gesamte Text nach den Worten "in der Sprache der Uebersetzung" ist zu streichen.

Artikel 19 Absatz 4 - erhält folgende Fassung:

"... in dem nicht die Sprache der Anmeldung oder im Falle des Artikels 34 Absatz 2 die Sprache der Uebersetzung Amtssprache ist, kann vorsehen, ..."

Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe j - zu streichen

Artikel 78 Absatz 8 - zu streichen

Artikel 85 Absatz 3 - Die Worte "und die darin vorgesehene
Uebersetzung eingereicht" sind zu streichen.

Artikel 137 b Absatz 3 - Der letzte Satz ist zu streichen.

ARTIKEL 123

(1) Die Veröffentlichung nach Artikel 21 des Zusammenarbeitsvertrags einer internationalen Anmeldung, für die das Europäische Patentamt Bestimmungsamt nach Artikel 121 Absatz 1 ist, tritt an die Stelle einer Veröffentlichung nach Artikel 85.

(2) Ist die internationale Anmeldung jedoch in einer Sprache veröffentlicht, die nicht eine der in Artikel 34 Absatz 1 genannten Sprachen ist, so kann jeder Vertragsstaat zusätzlich zu den Bestimmungen des Artikels 19 Absatz 4 vorsehen, dass der einstweilige Schutz gemäss Artikel 19 Absätze 1 und 2 erst von dem Tag an eintritt, an dem eine Uebersetzung der internationalen Anmeldung in eine dieser Sprachen entweder der Oeffentlichkeit unter den nach nationalem Recht vorgesehenen Voraussetzungen zugänglich gemacht worden ist oder demjenigen übermittelt worden ist, der den Gegenstand der Anmeldung in diesem Vertragsstaat benutzt.
